FREITAG, 15. JUNI 2012 NR. 24 54. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Flugzeugabsturz**

Eine Familie, Vater, Mutter, volljährige Nachkommen, verreisen per Flugzeug. Vor der Abreise wurden wir von der Mutter angefragt, wer eigentlich erbe, falls sie und die direkten Nachkommen dann tot seien. Die Regelung war komplizierter als wir zunächst dachten.
Eine gute Frage, die sich kaum jemand stellt und die für alle Fälle geregelt sein muss. Fragen Sie uns!

**Dr. Michael E. Dreher**
**DR. DREHER & PARTNER, Zollikon**
**044 396 15 15 – drdr@dreher.ch**

KAFKAESKE HETZE GEBEN CHRISTOPH BLOCHER

## So wird der Staat zur grossen Räuberbande

**In der Frage um die parlamentarische Immunität von Christoph Blocher spielte das Recht bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Massgeblich sind politische – also willkürliche – Opportunitäten. Würde das Bundesgericht seiner eigenen Rechtsprechung in Einbürgerungssachen folgen, müsste es nun ebenfalls eine Willkürbeschwerde zulassen.**

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Ob Peter von Matt, als er sein Buch «Die Intrige: Theorie und Praxis der Hinterlist» schrieb, an Claude Janiak dachte, entzieht sich meiner Kenntnis. Möglich wäre es jedenfalls. Bisher ist der Basler Sozialdemokrat Janiak jedenfalls weniger durch kluge Voten und Vorstösse aufgefallen, als durch unappetitliche Ränkespiele und Indiskretionen.

Als Chouchou unseres medialen Mainstreams musste er sich von dieser Seite her noch nie eine kritische Frage gefallen lassen. Als solche lägen gegenwärtig etwa auf der Hand, warum die Öffentlichkeit nie vollumfänglich über die Hintergründe des GPK-Putschversuchs gegen den ehemaligen Justizminister Christoph Blocher informiert wurde, welche Rolle Janiak in dieser Angelegenheit im Gespann mit Lukretia Meier-Schatz spielte, und wie es eigentlich in einem Verfahren, in dem es just um die Immunität von Christoph Blocher geht, um seine Befangenheit bestellt ist.

Nun ist dem Genossen Janiak in einem absurden Theater also ein weiterer Schlag gelungen: Die Zürcher sollen in vollem Umfang überprüfen können, ob Christoph Blocher das Bankgeheimnis verletzt habe, als er die ihm zugetragene – mit Dokumenten belegte – Information, Philipp Hildebrand sei als Nationalbankpräsident nicht länger tragbar, weil er als oberster Währungshüter privat mit Devisen spekuliere, an die Bundespräsidentin weitergab.

### Schutz vor der zweiten und dritten Staatsgewalt

Konkret ging es um die Frage der parlamentarischen Immunität, also um den Schutz eines gewählten Volksvertreters vor den Behörden der Strafverfolgung. Damit soll insbesondere gewährleistet werden, dass die Legislative die Oberaufsicht über die Exekutive wahrnehmen kann, ohne fürchten zu müssen, von dieser mit polizeilichen Mitteln oder eben durch die Justiz behindert zu werden. Oder noch konkreter: Es soll nicht sein, dass ein Regierungsvertreter einen Medienauftritt zur Befehlsausgabe umfunktioniert, ein Staatsanwalt darauf die Haken zusammenschlägt, «Hier, verstanden!» brüllt und sich umgehend daran macht, bei einem inkriminierten Volksvertreter eine Hausdurchsuchung durchzuführen.

### Reflexartig gegen Blocher

Auf Umfang und Grenzen der Immunität braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden. Es genügt, festzuhalten, dass das Institut der parlamentarischen Immunität im Interesse einer funktionierenden Gewaltentrennung von enormer Wichtigkeit ist. Aus diesem Grund wäre zu erwarten, dass sich Parlamentarier reflexartig gegen jeden Versuch zur Wehr setzen, ihre Immunität zu unterwandern. Wenn es um Christoph Blocher geht, gilt das Gegenteil. Hier verfasst der Parlamentsdienst reflexartig ein Gutachten, das darauf abzielt, den ehemaligen Justizminister ans Messer zu liefern. Allerdings scheint das Papier von derart minderer Qualität zu sein, dass es unter Verschluss gehalten werden muss. Alt Bundesrichter Martin Schubarth, der es einsehen konnte, spricht gar abschätzig von einer «Notiz».

### Willkürprüfung nur, wenn es die Willkür verlangt?

Wie dem auch sei, die zuständigen Gremien der Bundesversammlung gaben der Zürcher Staatsanwaltschaft schliesslich grünes Licht. Sie kann also im gewünschten Umfang ermitteln. Auf Christoph Blochers Ankündigung rechtlicher Schritte reagierte Janiak mit der ihm eigenen Borniertheit. Er wisse nicht, was darunter zu verstehen sei. Ein Gang ans Bundesgericht sei jedenfalls nicht möglich, das stehe so in der Bundesverfassung.

Tatsächlich bestimmt Artikel 189, Absatz 4, dass Akte der Bundesversammlung und des Bundesrates nicht beim Bundesgericht angefochten werden können. Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. Alleine schon aufgrund der Hierarchie ist dem Bundesgericht konsequenterweise auch die Überprüfung von Volksentscheiden entzogen. Das müsste Herr Janiak eigentlich wissen, denn soeben hat der Ständerat, dem er angehört, die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit abgelehnt – und damit das Primat der Politik bekräftigt. Allerdings: Das Bundesgericht nimmt sich längst – unter dem Applaus Janiaks und seiner Genossen – das Recht heraus, Volksentscheide auf Willkür zu überprüfen. Im Juni 2004 erhob es in einem Entscheid über eine verweigerte Einbürgerung den Schutz vor staatlicher Willkür zum höchsten Rechtsgut, dessen Schutz sogar eine Verletzung der Gewaltentrennung rechtfertige. Über die Tragweite dieses Entscheids und über die Fragen, die er aufwirft, machten sich die Richter keine Gedanken. So fehlt in der Urteilsbegründung insbesondere jeder Anhaltspunkt, wie generell-abstrakt zwischen politischen Entscheiden und Verwaltungsakten zu unterscheiden sei.

Es ist also davon auszugehen, dass das Willkürverbot absolut gilt. Und es gibt nicht den geringsten Grund, 246 Politikern der Bundesversammlung Willkür zu erlauben, wenn diese sogar dem Souverän verboten ist. Selbst das Bundesgericht dürfte Mühe haben, die willkürliche Anwendung des Willkürverbots zu begründen.

Im Entscheid vom 6. November 2003 in einem ähnlich gelagerten Fall machten es sich zwei CVP-Richter und ihr freisinniger Kollege sehr einfach: Eine Willkürbeschwerde gegen die Bundesversammlung sei nicht zulässig – was «bereits ein kurzer Blick ins Gesetz zweifelsfrei ergebe». Vermutlich vertraut Genosse Janiak ganz einfach darauf, dass das Bundesgericht an seiner Praxis festhält, Willkür nur dann ins Recht zu fassen, wenn es politisch opportun ist. Damit würde es aber Politik über das Recht erheben, und ohne Recht ist ein Staat bekanntlich nichts anderes als eine grosse Räuberbande.

## Parolen zur Volksabstimmung vom 17. Juni 2012

**AN DIE URNEN!**

### Eigenössische Vorlagen

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» | JA |
| 2. | Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» | JA |
| 3. | Änderung des Bundesgesetzes über die Kranken versicherung (Managed Care) | NEIN |

### Kantonale Vorlagen

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Steuergesetz (Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes) | JA |
| 2. A. | Beschluss des Kantonsrates: Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz | JA |
| 2. B. | Beschluss des Kantonsrates: Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, Variante mit Zukunfts- und Stützungsfonds | NEIN |
| 2. C. | Gegenvorschlag von Stimmberechtigten: «Ja zum Schutz der PatientInnen und des Gesundheitspersonals» | NEIN |
| | Stichfrage: | 2x Hauptvorlage A |
| 3. | Verkehrsabgabengesetz | NEIN |
| 4. | «Der Kunde ist König! (Kantonale Volksinitiative für freie Ladenöffnungszeiten)» | JA |
| 5. | Kantonale Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab 4. Klasse!» | NEIN |
| 6. | Kantonale Volksinitiative zum Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen (Kulturlandinitiative) | NEIN |

**Billiger telefonieren**

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring

Schreinerei
Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

Ihr Türenspezialist

Lasst die Kundschaft auch bei uns König sein!

ladenoeffnung-ja.ch

**Kostenlos Probeschlafen**

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Jürg Stahl, Nationalrat SVP, Brütten

«Hilft jungen Familien und generiert ein beachtliches Auftragsvolumen für Gewerbebetriebe.»

17. Juni
JA
BAUSPAREN
www.bausparen-JA.ch

Komitee «Eigene vier Wände dank Bausparen», Postfach, 3001 Bern

## *Solidarisch in den Abgrund*

VON CHRISTOPH MÖRGELI

*Bedeutende Zeiten. 1945 hissten Sowjetsoldaten die rote Fahne auf dem Brandenburger Tor. 2012 hisst Frank A. Meyer die weisse Fahne auf dem Brandenburger Tor. Auf jenem Tor also, vor dem er jeweils im Sonntagsblick in Wort und Bild seine aufgeblasene Weltläufigkeit zelebriert. Und jetzt das: die totale Kapitulation.*

*Da hat Frank A. Meyer eben erst die «politisch und kulturell kraftvolle Europäische Union» gefeiert. Das verlässliche Credo seiner schauerlichen Sonntagspredigten lautete: Gelobt sei die EU als «erfolgreichste demokratische Gemeinschaft des Globus», verflucht sei das «bilaterale Chaos» der Schweiz. Doch am letzten Sonntag stellte Meyer plötzlich Fragen: «Doch was, wenn der Euro scheitert? Was, wenn die Schuldenkrise zum Crash der Europäischen Union führt?»*

*Eine wahrhaft griechische Tragödie. Mit der EU und dem Euro drohen Frank A. Meyers publizistisches Lebenswerk, sein raffinierter Fuchsbau, sein grossspuriges Berliner Dasein einzustürzen. Darum ist jetzt Solidarität gefragt. Die «sehr reiche» Schweiz solle «dem Europäischen Wirtschaftsraum zu Hilfe eilen». Mit einem «Hilfsangebot». Also mit Milliardenzahlungen. «Freiwillig», «solidarisch», «mitfühlend».*

*Es sei Zeit, zu «denken statt überlegen». Dabei geht es der Schweiz besser, weil wir kein Land der Denker sind. Sondern ein Land der Überleger. Weil wir weniger auf Kanzeln und Katheder setzten. Sondern auf Kassenbuch und Kontoauszug. Den Flächenbrand, den die mächtige EU seit Jahren nicht unter Kontrolle bringt, soll jetzt die Schweiz erfolgreich löschen. Und viele Milliarden bezahlen für Zehntausende von griechischen Phantomrentnern, die nur auf dem Papier existieren. Oder für staatlich finanzierte Scheinblinde, die sich als Taxifahrer betätigen.*

*Frank A. Meyer verteilt in Berlin grosszügig das Geld seiner Mitbürger. Damit ihn die deutsche Schickeria weiterhin zu ihren Galadiners einlädt. Was jetzt leicht- und wahnsinnig an Rettungsschirmen oder Solidaritätsbeiträgen gesprochen wird, müssen künftige Generationen bitter bezahlen. Meyers Aufruf aus Berlin zum letzten Aufgebot der Schweiz ist so sinnlos, wie es frühere letzte Aufgebote in Berlin waren. Geradeso gut könnte unser Land die Milliarden in die nächste Pfütze werfen. Oder Meyers geliebtes Brandenburger Tor mit Tausendernoten tapezieren.*

## SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

# Direkte Demokratie bestimmt die Traktanden in Bern

**Per Volksinitiative kann die Stimmbürgerschaft wie mit einem Gaspedal für mehr Tempo in die gewünschte Richtung sorgen. Per Referendum hingegen können die Stimmberechtigten die Notbremse ziehen und den gesetzgebenden Bundesbehörden in den Arm fallen. So werden die beiden wichtigsten Instrumente der direkten Demokratie oft beschrieben. Wie das funktioniert, zeigte die Sommersession.**

HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf am 6. Juni 2012 die eidgenössischen Räte die Nachricht vom Tod des Luzerner FDP-Nationalrats Otto Ineichen (71) aus Sursee. Blumenschmuck an seinem Sitzplatz Nr. 134 erinnerte an den markanten Volksvertreter, den unser SVP-Nationalratspräsident Hansjörg Walter so würdigte: «Otto Ineichen war ein Macher, einer, der Probleme sah und sie lösen wollte, und das möglichst subito. Er war einer, der anpackte und nie um klare Aussagen verlegen war.» Auch ich erlebte Otto Ineichen als kreativen «Unruhestifter» im besten Sinne des Wortes: Als echter Bürgerlicher baute er Brücken über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Dafür bleibt er in bester Erinnerung.

### Hochspannung bis zum Schluss

Für Hochspannung bis zum Sessionsschluss sorgten die Traktanden «Raumplanung» beziehungsweise «Landschaftsschutz». Am 10. Juli 2007 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)» lanciert. Für den Nationalrat ist die Landschaftsinitiative das falsche Mittel, um die Überbauung der Schweiz zu stoppen: Er setzt auf die als indirekten Gegenvorschlag konzipierte Teilrevision des Raumplanungsgesetzes. Demnach sollten die Kantone nur noch Bauzonenreserven für 15 Jahre halten dürfen. Für Rückzonungen wären die Eigentümer aus einer Mehrwertabgabe für Einzonungsgewinne zu entschädigen. Doch die Würfel fallen bekanntlich erst mit den Schlussabstimmungen ... und auch dann ist wegen der Referendumsmöglichkeit noch nicht aller Tage Abend.

SVP, FDP, CVP und BDP lehnten die Landschafts-Initiative ab, weil sie jene Kantone bestrafen würde, die bisher haushälterisch mit dem Boden umgegangen sind. SP, Grüne und GLP unterstützten die Initiative, um den Druck auf die Raumplanungsrevision aufrecht zu erhalten.

Die Initianten haben den Rückzug angekündigt – wenn das strengere Raumplanungsgesetz in Kraft trete. Umgekehrt hat der Hauseigentümerverband Schweiz und der Schweizerische Gewerbeverband aufgerufen, die Gesetzesrevision in der Schlussabstimmung zu verwerfen, sonst wolle man ein Referendum ernsthaft prüfen. Aus Sorge um die Preisgabe wohlerworbener Eigentümerrechte erachte ich den Akzeptanztest der Raumplanungsrevision per Referendumsabstimmung als den richtigen Weg.

### Übers Ziel hinausgeschossen

Die nun als direkter Gegenvorschlag zur «Abzocker-Initiative» verabschiedete Regelung zur «Bonussteuer» sieht vor, dass Gesellschaften Vergütungen von mehr als drei Millionen Franken pro Geschäftsjahr steuerlich nicht mehr zum geschäftsmässig begründeten Aufwand zählen können. Was ist davon zu halten? Mit der Bonussteuer werden nicht die Bezüger hoher Einkommen, sondern die Unternehmen besteuert. Für den Bund dürften Mehreinnahmen von 100 Millionen und für Kantone und Gemeinden von 200 bis 250 Millionen Franken anfallen. Höhere Unternehmenssteuern aber schaden dem Standort Schweiz. Die Volksinitiative und der direkte Gegenvorschlag samt Bonussteuer sind darum abzulehnen, damit der bessere indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe in Kraft treten kann, den das Parlament im Frühjahr verabschiedet hat.

### Für eine starke Post – aber anders

Der Nationalrat hat die Abstimmungsempfehlung («ablehnen») zur Volksinitiative «Für eine starke Post» beschlossen. Die Initiative möchte, dass der Bund ein flächendeckendes Poststellennetz und allen Einwohnern einen raschen und leichten Zugang zu den Leistungen der Grundversorgung garantiert. Zudem soll die Post verpflichtet werden, das Poststellennetz mit eigenem Personal zu betreiben.

Mein Aargauer Fraktionskollege Hans Killer erinnerte als Kommissionssprecher an die komfortablen Gegebenheiten: Gemäss Verordnung muss es allen möglich sein, innert zwanzig Minuten zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr eine Poststelle zu erreichen. Was ist nun besser – ein offizieller, posteigener Betrieb mit einer Öffnungszeit von ein bis zwei Stunden pro Tag oder eine Agentur mit Öffnungszeiten, wie man sie vom Einkaufen gewohnt ist? Eine gute Postversorgung zu verantwortbaren Kosten, das kann ohne Initiative mit kostengünstigen Post-Agenturen besser sichergestellt werden.

### SVP sorgt für Transparenz

Mit hauchdünner Mehrheit hat der Ständerat eine Parlamentarische Initiative des Glarner SVP-Vertreters This Jenny für den Einbau eines elektronischen Abstimmungssystems im «Stöckli» angenommen. Die Ständeräte konnten sich bisher als «Gegenkraft» zum Nationalrat bei ihren Entscheiden hinter der Anonymität verstecken. Die SVP hat dies mehrfach beanstandet.

Leider nicht zu verhindern war die Teuerungszulage für die Parlamentsmitglieder. Das Jahreseinkommen der Ratsmitglieder steigt damit von 25 000 auf 26 000 Franken und die Jahresentschädigung von 31 750 auf 33 000 Franken. Das Taggeld wird von 425 auf 440 Franken erhöht. Dies kostet insgesamt zusätzlich gut 1,3 Millionen Franken.

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz sprach Klartext: «Unsere Löhne und Entschädigungen sind hoch genug. Die Erhöhung ist im heutigen Zeitpunkt unangemessen und unangebracht.» Dass Milizparlamentarier «nebenbei» auch noch etwas arbeiten, um den Bezug zur Realität nicht zu verlieren, und dass sie somit nicht bis zum letzten Franken auf die Bundeskasse angewiesen sind, ist vom Verfassungsgeber gewollt und auch richtig.

ZUR STAATSVERTRAGSINITIATIVE

# Irrtümer der Demokratiegegner ...

**Im Abstimmungskampf zur Staatsvertragsinitiative werden alle Register gezogen. Viele Behauptungen der Initiativgegner und der Medien können als Unwahrheiten entlarvt werden.**

MATTHIAS HAUSER
KANTONSRAT SVP
HÜNTWANGEN

Einige der Argumente gegen die Staatsvertragsinitiative sind schlicht falsch.

- Die Initiative führt nicht zu Hunderten von zusätzlich notwendigen Abstimmungen, auch nicht zu zehn, sondern nur zu zwei bis vier pro Jahr.
- Politiker, welche ohne die Initiative Staatsverträge in Regierung und Parlament alleine beschliessen, sind weder sachlicher, noch höher betroffen, noch klüger. Im Gegenteil: Statt die Konsequenzen eines Staatsvertrages für Land und Leute bildet für sie die Strategie für Parteivorteile Entscheidungsgrundlage. Und das Wohlgefallen der Lobbyisten.
- Die Initiative ist nicht überflüssig. Es gibt wichtige Staatsverträge, welche ohne diese Initiative nicht zur Volksabstimmung gebracht werden können. Das Demokratiedefizit ist anerkannt.

### Demokratie wird heute ausgenutzt

In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie Mehrheiten in National- und Ständerat das Demokratiedefizit ausnutzen. Erinnern wir uns am Beispiel der Personenfreizügigkeit mit der EU. Haben Sie jemals darüber abgestimmt?

- Am 21. Mai 2000 haben die Stimmberechtigten die Bilateralen Verträge I mit der EU angenommen, darunter, mit sechs anderen Abkommen in einer Frage verknüpft, das Personenfreizügigkeitsabkommen auf Probe für sieben Jahre. Es wurde versprochen, dass vor der definitiven Einführung der Freizügigkeit eine weitere Abstimmung darüber durchgeführt werde.
- Am 25. September 2005 wurde die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Staaten zur Abstimmung vorgelegt. Verknüpft in derselben Frage mit den rein innenpolitisch beschlossenen flankierenden Massnahmen (soziale Auflagen für Unternehmen).
- Am 8. Februar 2009 fand die versprochene Abstimmung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit statt – wiederum verknüpft in nur einer Frage mit der Erweiterung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien.

Es ist so: National- und Ständerat haben bis heute erfolgreich verhindert, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU oder später diejenige mit Osteuropa, einzeln zur Abstimmung gelangte. Immer wurde der saure Bissen trickreich mit einem vermeidlichen Zückerchen versüsst.

Oder erinnern sie sich, dass wir über Schengen/Dublin nur deswegen abstimmen konnten, weil zwei Komitees mit 85 000 Unterschriften das Referendum ergriffen? Und dass die Mehrheit der Kantone diese beiden für die Kantone wichtigen Abkommen ablehnte? Aber das Ständemehr zählte nicht.

Weder über die finanz- und wirtschaftspolitisch wichtigen Steuerabkommen mit anderen Staaten noch über andere, auch z. B. für die Umwelt- und Energiepolitik wichtige Abkommen können die Stimmbürger heute befinden.

Das Demokratiedefizit behebt die Volksinitiative damit, dass über Staatsverträge abgestimmt werden muss, die

- zur Anpassung von Gesetzen führen («multilaterale Rechtsvereinheitlichung»)
- zur automatischen Übernahme von im Ausland weiterentwickelten Rechtsgrundlagen führen
- ein übernationales Gericht als Instanz einsetzen
- neue einmalige Ausgaben von mehr als einer Milliarde Franken verursachen oder jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen.

### Mehr Qualität bei Verhandlungen

Zudem gilt neu das Ständemehr. Von diesen Punkten lässt heute lediglich der erste, die «multilaterale Rechtsvereinheitlichung», überhaupt ein freiwilliges Referendum zu. Ansonsten können heute Verträge nur dann zur Abstimmung gebracht werden, wenn sie unbefristet und gleichzeitig unkündbar sind oder den Beitritt zu einer internationalen Organisation (z. B. Währungsfonds) vorsehen. Ein obligatorisches Referendum ist heute nur beim Beitritt zu einer Organisation kollektiver Sicherheit (z. B. NATO) oder zu einer supranationalen Gemeinschaft (EU, UNO) vorgesehen. Mit dem trickreichen Ausnutzen dieser Demokratielücken durch Bundesrat und Politiker ist nach Annahme von «Staatsverträge vors Volk» Schluss. Es kann ja sein, dass bei einem «Ja» am 17. Juni der eine oder andere absolut unbestrittene aber wichtige Staatsvertrag dem Volk und den Ständen vorgelegt werden muss. Davor braucht niemand Angst zu haben. Wenn sich Politiker einig sind, werden keine Kampagnen geführt, das Volksmehr stellt keine Hürde dar. Sind sich aber die Parteien nicht einig, wird die Meinungsfindung künftig offen und fair. Ohne Tricks: Das ist eine Voraussetzung dafür, dass das Resultat anschliessend breit anerkannt wird. Und weiss die Regierung, dass Staatsverträge das Volksmehr passieren müssen, verhandelt sie entsprechend. Die Qualität der Verhandlungsergebnisse wird besser für die Schweiz.

Öffentlicher Vortrag

Donnerstag, 12. Juli 2012

Rest. Sternensee Samstagern
19.30 Uhr Apéro – 20.00 Uhr Vortrag

Vortrag
Nationalrat Alfred Heer

„Führt uns der Bundesrat in die EU und war die EURO-Anbindung der Nationalbank der EU-Beitritt durch die Hintertüre?"

Wir heissen Sie herzlich willkommen zu diesem spannenden Vortrag!

Organisator:
SVP Bezirk Horgen

SVP
Die Partei des Mittelstandes

## KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

# Sichere Fussgängerstreifen. Aber wie?

**Diese Woche debattierte der Kantonsrat über sichere Fussgängerstreifen und den Einbau von Reflektoren an Fussgängerstreifen. Ausserdem standen Themen wie die Amtsdauer von Präsidentinnen und Präsidenten an Mittelschulen, Familienzulagen, Kinderprostitution und verkehrspolizeiliche Aufgaben zur Debatte.**

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem Postulat verlangte die CVP zusammen mit der SP die Erhöhung der Sicherheit an Fussgängerstreifen. Die SP verlangte mit einem zusätzlichen Postulat die Verbesserung der Sichtbarkeit von Zebrastreifen durch den Einbau von Reflektoren. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) erklärte im Rat, dass die Reflektoren im Boden eingelassen werden müssten und im Winter jeweils durch Schnee und Matsch bedeckt und im Sommer durch den Schmutz nicht sichtbar wären. Diese verminderte Wirkung stehe in keinem Verhältnis zu den anfallenden Kosten. Die wesentlich bessere Lösung für mehr Sicherheit an Fussgängerstreifen sei die Optimierung der Beleuchtung. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) doppelte nach: Die Erhöhung der Sicherheit an Fussgängerstreifen hat sehr hohe Priorität, allerdings müsse man feststellen, dass heute sehr viele Fussgänger abgelenkt seien. Früher habe die klare Devise: «luege, lose, laufe», gegolten. Nachdem allerdings die Handzeichen abgeschafft wurden, habe sich der Fussgängerstreifen von einem sichern zu einem unsicheren Ort gewandelt. Darum müsse anstelle von Reflektoren die Sicherheit in den Köpfen der Fussgänger verbessert werden. **Armin Steinmann** (SVP, Adliswil) stellte klar, dass die Reflektoren nicht den angepriesenen Sicherheitsgewinn bringen. Das Lenken eines Motorfahrzeuges erfordere eine fortwährende Aufmerksamkeit und die visuellen Fähigkeiten würden dabei an Grenzen stossen. Die Reflektoren sagten den Fahrern zudem nicht, dass eine unmittelbare Gefahr bestehe, sondern nur, dass eine Gefahr entstehen könne. Darum seien diese Postulate ebenso unnötig wie der flächendeckende Einsatz von Reflektoren an Fussgängerstreifen. Beide Postulate wurden dennoch mit 114 zu 53 Stimmen überwiesen.

### Amtsdauer

Mit einer Einzelinitiative verlangte ein Stimmbürger die Erhöhung der Amtsdauer von Präsidentinnen und Präsidenten von Schulkommissionen an kantonalen Mittelschulen. **Rochus Burtscher** (SVP, Dietikon) betonte, dass die SVP-Fraktion nicht für eine heimliche Erhöhung der Amtsdauer einstehe. Der Kantonsrat unterstützte die Einzelinitiative dennoch mit 106 Stimmen vorläufig.

### Familienzulage

**Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) stellte klar, dass das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen eine unaufgeregte Vorlage darstellt. Die Entscheide seien in Bern gefällt worden und der Kanton Zürich habe nun den Vollzug zu beschliessen.

Einziger unschöner Punkt sei der Versuch, die Kosten teilweise auf die Gemeinde zu verlagern. Dabei seien mit dem neuen Finanzausgleich diese unübersichtlichen Verflechtungen zwischen den Gemeinden und dem Kanton aufgelöst worden.

Darum stehe die SVP Fraktion nicht hinter dem Minderheitsantrag der AL und möchte die Gemeinden nicht mit zusätzlichen Kosten belasten. Der Minderheitsantrag wurde in der Folge abgelehnt und die Schlussabstimmung zum Einführungsgesetz findet in der zweiten Lesung in ungefähr 4 Wochen statt.

### Kinderprostitution

Mit einer Motion forderte die CVP ein Verbot von Kinderprostitution und den Erlass von Jugendschutzmassnahmen. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) betonte, dass diese Angelegenheit auf nationaler Eben geregelt werden muss und auch geregelt wird. Jedoch sei es absurd, dass die gleichen Kreise, die das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre senken möchten, die sexuellen Kompetenzen der Jugendlichen auf 18 Jahre erhöhen wollen. Die Motion wurde im Verlauf der Debatte durch die CVP zurückgezogen.

### Verkehrspolizei

Mit einer Motion verlangte **Lorenz Habicher** die Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, damit die Kantonspolizei ihre personellen und technischen Mittel im Rahmen der verkehrspolizeilichen Kontrolltätigkeit mit der Zielsetzung einsetze, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und Unfallschwerpunkte zu bekämpfen. Darum sollten Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlagen im Kanton Zürich nicht eingesetzt werden. Mit der Erfassung der Durchschnittsgeschwindigkeit auf einer bestimmten Strecke würden alle Fahrzeuge, die diesen Abschnitt passieren, registriert und bei einem zu hohen Tempo gebüsst. Die SVP Fraktion stehe aber für Punktkontrollen an gefährlichen Stellen und wolle keine ständigen Kontrollen. Die Motion wurde mit 50 zu 111 Stimmen abgelehnt.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### *Strassensicherheit im Kanton Zürich – weitere Berichte für den Kantonsrat*

L. HABICHER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 3/9

*Die SVP hat immer klar und unmissverständlich zur Strassensicherheit Position bezogen. Es geht nicht um eine Bevormundung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer und auch nicht um eine Verharmlosung des Problems. Das Signal überwiesener Postulate in dieser Sache zeigt aber nur die Unsicherheit der Politik und die Unfähigkeit, ohne einen entsprechenden Bericht, einer Expertise oder weitreichenden Abklärungen Entscheide zu fällen.*

*Diesen Montag war es einmal mehr eindrücklich, wie klare Forderungen (Motion Heinrich Frei / Lorenz Habicher, beide SVP) nicht überwiesen wurden. Dafür Luftschlösser (Postulate Büchi SP und Albasini CVP) nach dem Gusto der Medien eine breite Unterstützung erhalten. Da das geltende Recht die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Bekämpfung von Umfallschwerpunkten als Zielsetzung der verkehrspolizeilichen Tätigkeiten enthält, sind Vorstösse dieser Art nur «Füllmaterial» für das mediale Sommerloch.*

*Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (AGK) messen die Durchschnittsgeschwindigkeit auf einer definierten Strecke. Mit der Motion 311/2010, im Oktober 2010 anlässlich der Bekanntgabe des ASTRA, zwei Versuchsstrecken untersuchen zu wollen, versuchte die SVP solche Abschnittskontrollanlagen im Kanton Zürich unterbinden. In der Zwischenzeit liegt der Schlussbericht zu den Auswirkungen von AGK auf das Fahrverhalten und Unfallgeschehen vor. Während das Bundesamt für Strassen (ASTRA) zum Schluss kommt, die AGK im Arisdorftunnel (A2, Basel-Landschaft) und zwischen Aigle und Bex (A9, Waadt) bewährten sich, ist die SVP überzeugt, dass es sich dabei um teure Lenkungs- und Kontrollmassnahmen handelt, die nicht zur Verkehrssicherheit beitragen. Im Bezug auf das Unfallgeschehen konnten keine signifikanten Auswirkungen festgestellt und damit auch keine aussagekräftige Beurteilung gemacht werden.*

*Bezeichnend in der Diskussion im Kantonsrat war, dass die Ratslinke von einer Halbierung der Verkehrstoten sprach und die CVP zum Schutz der Familie diese Massnahmen unterstützte.*

*Die FDP sah keinen Grund, diese teure und aufwändige AGK im Kanton Zürich zu verbieten, wohl wissend, dass Kosten und Bürokratie dadurch nicht verringert werden. Die SVP stand somit an diesem Montagmorgen wie so oft mit der Unterstützung der Motion ganz alleine und erfolglos da.*

*Ganz anders verlief die gleiche Debatte am Dienstag im Nationalrat. Dieser unterstützte mit 103 zu 76 Stimmen einen Vorstoss Giezendanner (SVP, AG) der verlangte, dass Gesetzgebung und alle Verordnungen so anzupassen sind, dass Radarkontrollen auf Autobahnen nur noch stichprobenweise oder an unfallträchtigen Abschnitten gemacht werden dürfen. Längere Streckenabschnittskontrollen sollen verboten werden. Die interessierte Leserschaft weiss also schon heute, dass diese unterschiedlichen Beschlüsse in Kanton und Bund mit Sicherheit zu Mehrkosten, aber nicht zu mehr Sicherheit im Kanton Zürich beitragen werden.*

## DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… eine Einzelinitiative betreffend kantonaler Taxivorschriften nicht vorläufig unterstützt. ☺

… eine Einzelinitiative betreffend Schweizerischer Nationalbank nicht vorläufig unterstützt. ☺

… eine Einzelinitiative betreffend Amtsdauer von Präsidentinnen und Präsidenten von Schulkommissionen kantonalzüricherischer Mittelschulen vorläufig unterstützt. ☹

… die erste Lesung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen abgeschlossen. 😐

… eine Motion betreffend Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes betreffend verkehrspolizeiliche Aufgaben abgelehnt. ☹

… ein Postulat betreffend Verbesserung der Sichtbarkeit von Zebrastreifen durch den Einbau von Reflektoren überwiesen. ☹

… ein Postulat betreffend Erhöhung der Sicherheit an Fussgängerstreifen überwiesen. ☹

11. Juni 2012

VON DEN LEIDEN AN UNSEREN SCHULEN

# Integrativer Unterricht an unseren Volkschulen – ein Schrecken ohne Ende

SILVIA BLOCHER
HERRLIBERG

Unsere Volksschulen haben sich im Laufe der letzten Jahre den Erfordernissen der Erziehungsdirektionen angepasst und folgenschwere Anordnungen getroffen: In unseren Primarschulklassen werden neu zusammen mit den durchschnittlichen Schülern auch solche mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, solche mit Verhaltenstörungen oder schwierigem familiären Umfeld, solche ohne Deutschkenntnisse und solche mit mangelndem Integrationswillen unterrichtet. Klein- und Sonderklassen wurden aufgelöst.

### Durcheinander im Klassenzimmer

Schnell hat sich gezeigt, dass unsere dadurch Lehrer überfordert sind.

Um Abhilfe zu schaffen, hat man die Heilpädagogen, die Sozialpädagogen, die Deutschlehrer, die Logopäden, die Spezialisten für Dyskalkulie, die Hilfen für Langsame, kurz die Spezialisten für die speziell Begabten, in die normalen Schulklassen aufgeboten. Was dazu führt, dass nicht selten 5 oder mehr Lehrpersonen zur gleichen Zeit im gleichen Schulzimmer unterrichten. Entsprechend gross ist die Unruhe in den Klassenzimmern. Die Schüler leiden unter Konzentrationsschwäche, und die Lehrer stöhnen über die notwendigen Absprachen, die ihnen die wertvolle Vorbereitungszeit nehmen, und über den «Betrieb», der einen geregelten Lehrbetrieb verunmöglicht.

### Untaugliche Notfallrezepte

Unzählige Lehrkräfte haben dieses kräfteraubende Durcheinander verlassen und eine andere Stelle angenommen. Daraus resultierte akuter Lehrermangel. Dies führte zu verschiedenen Notfallrezepten der Erziehungsdirektion: Mit Sofortmassnahmen wurden Personen aus anderen Berufen für den Lehrerberuf umgeschult. Doch selbst M. Wendelspiess, Leiter des Zürcher Volksschulamtes, gibt zu, dass der Mangel an Lehrkräften den Kanton noch manche Jahre beschäftigen wird (NZZ 12.06.2012). «Entlastungsmassnahmen» für überforderte Lehrer wurden vorgeschlagen: z. B. sollen die Lehrer zwei Stunden pro Woche weniger unterrichten (also ihre eigentliche Aufgabe vernachlässigen) um mehr Zeit fürs Organisatorische zu haben. Und: Die Lehrer sollen nur noch ein statt zwei Zeugnisse pro Jahr ausstellen und die Eltern stattdessen in Gesprächen über den Wissensstand ihrer Sprösslinge orientieren (als ob das weniger zeit- oder kräfteintensiv wäre). Und: Per Rundschreiben wurden die Schulleiter angewiesen, die Anzahl Lehrpersonen, die gleichzeitig im Schulzimmer anwesend sind, zu reduzieren (doch wer erteilt so wann die nötigen Unterstützungs- und Nachhilfestunden?). Vor wenigen Wochen nun wieder ein neues Eingeständnis der unmöglichen Situationen in den Schulzimmern: Die Erziehungsdirektion will anordnen, dass nur noch zwei bis drei Personen gleichzeitig im Schulzimmer anwesend sind. Zu diesem Zweck sollen die angestammten Lehrkräfte in Heilpädagogik geschult werden. Zwar sind sie eingestandenermassen überfordert, aber um der schönen Theorie willen mutet man ihnen das sang- und klanglos auch noch zu. Und was geschieht mit den Heerscharen von Spezialpädagogen?

### Mut zur Realität

Wann endlich stellt sich die Erziehungsdirektion der Realität und gibt zu, dass ihr Konzept des integrativen Unterricht ganz einfach versagt hat? Unter diesem falschen Konzept leiden unsere Kinder, normal- oder sonderbegabte, und unsere Lehrer und Spezialpädagogen. Vor allem aber leidet die Volksschule: Wissensvermittlung und das Erreichen der Lernziele wird unnötig erschwert.

Mehr zum Thema unter:
www.blochersilvia.ch

VEREIN «FÜR AKTIVE SENIOREN»

# Generalversammlung mit namhaften Referenten

**An der GV des Vereins «Für aktive Senioren» vom 7. Juni 2012 im Elefant – unter der Leitung von Präsident Theo Toggweiler und Vorstandsmitglied Kantonsrat Hans-Ueli Vogt – nahmen gegen 50 Personen teil.**

THEO TOGGWEILER
PRÄSIDENT
VEREIN AKTIVE SENIOREN

Nebst der Aufgabe, sich um die Bedürfnisse und Anliegen der Senioren zu kümmern, orientiert der Verein über aktuelle politische Themen. Als Referent war Nationalrat Hans Fehr, Eglisau, geladen und als Gast war Kantonsrat Hans-Peter Amrein (Küsnacht) mit dabei.

Die Regularien an der GV gingen ohne Diskussion über die Bühne. Beim Budget 2013 verwies der Sprechende auf einen leichten Sparkurs, weil in unserem Umfeld immer einiges teurer wird. Ein Hinweis wurde gemacht, dass die Mitgliederzahl langsam zurückgeht, weil doch jedes Mitglied jedes Jahr ein Jahr älter wird, so dass es nicht mehr ohne Mitgliederwerbung geht. Deshalb sind die Veranstaltungen öffentlich und Gäste sind an den Anlässen willkommen.

Der Referent Nationalrat Hans Fehr hatte für seinen Vortrag das aktuelle Thema «Stopp den Angriffen auf unsere Volksrechte und die Neutralität, mit einem Hinweis auf die Neutralitäts- und die Staatsvertragsinitiative». Als Nationalrat seit 1995 sowie als Leiter und Vertreter der AUNS kennt er sich aus, insbesondere auch die Machenschaften einzelner Vertreter der Exekutive, die gerne den Willen des Parlamentes umgehen. Mit grossem Engagement zeigte der Referent uns die Probleme und die Schwachstellen. Wir danken Hans Fehr für seine interessante Präsentation der Vorlage, die am kommenden Wochenende zur Abstimmung kommt. Eine weitere Erläuterung dieses Themas ist in der letzten Nummer vom «Zürcher Boten» von Kantonsrat Hans-Ueli Vogt erschienen.

Zum Schluss verwies H.-P. Amrein auf eine weitere Vorlage, die im kommenden Herbst aktuell wird und auch die Senioren sehr interessieren wird: die Abschaffung des Eigenmietwertes auf Liegenschaften. Die Besteuerung einer selbstbewohnten Liegenschaft mit dem Eigenmietwert stellt für viele ältere Leute ein grosse Belastung dar.

SVP HÜNTWANGEN

# SVP bei den Greifen

**Der gesellschaftliche Jahresausflug führte die SVP Hüntwangen unter anderem nach Berg am Irchel zur Greifvogelstation.**

SVP Hüntwangen. «Der Rotmilan ist eigentlich selten», erklärt Andi Lischke, stellvertretender Leiter der Greifvogelstation Berg am Irchel, den Besuchern der SVP Hüntwangen. Europaweit rückläufig, ist der Bestand im Schweizer Mittelland auf rund 2000 Brutpaare gestiegen. In Hüntwangen ist der Rotmilan der auffälligste Greifvogel. Der mit bis zu 1,70 Metern Spannbreite grösste Greifvogel unserer Region kreist stundenlang auch über bewohntem Gebiet auf der Jagd nach Mäusen oder Aas.

Genau solchen Informationen war der gesellschaftliche Jahresausflug der SVP Hüntwangen gewidmet. Parteimitglieder und Gäste besuchten am Mittwochabend, dem 6. Juni, die Greifvogelstation und nahmen anschliessend Einblick in das neue Naturzentrum Thurauen in Flaach, bevor sie sich ein gemütliches Nachtessen genehmigten.

Zurück zu den Greifen: In Berg am Irchel werden verletzte Vögel gesund gepflegt, in enger Zusammenarbeit mit dem Tierspital Zürich, welcher die operativen Eingriffe vornimmt. Menschenkontakt wird möglichst vermieden, damit die Patienten rasch und problemlos wieder ausgewildert werden können, einzig der rund 70 cm hohe Uhu «Lisa» steht zur Verfügung. Besucher erfahren viel. Beispiele: Wenn Greife gefüttert werden, tun sie nichts anderes als auf einem Ast sitzen – wochenlanges Energiesparen, selbst wenn eine grosse Volière zur Verfügung stünde. Habichte und Bussarde kommen in unserer Gegend häufig vor. Falken jagen Krähen und einer, der aus einer Luxus-Auto-Tiefgarage des Flughafens gerettet wurde, in deren Einfahrt er eine Taube schlug, kehrte, zwei Tage später wieder in der Freiheit, umgehend zu seinem Opfer vor die Tiefgarage zurück. Die Greifvogelstation wurde von Frau Veronika von Stockar gegründet, die für ihr Lebenswerk den Ehrendoktortitel der Universität Zürich erhielt.

Uhu: Die grösste Eule.

Rotmilan: Ein Aasfresser kreist über unseren Dörfern.

## LESERBRIEF

### Darum bin ich dafür, dass die Staatsverträge vors Volk müssen!

Seit Wochen dreschen der Bundesrat, sämtliche politischen Parteien – mit Ausnahme der SVP –, aber auch die grösseren Verbände und das Gros der Medien unseres Landes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf diese Volksinitiative ein, als ob der Initiativtext landesverräterische Absichten trüge. Übertreibungen, Angstmacherei und leider auch Unwahrheiten schiessen seitens der aufgeregten Initiativgegner förmlich ins Kraut.

Warum bin ich dafür, dass die Staatsverträge vors Volk müssen? Der Kerngehalt dieser Abstimmung liegt in der Stärkung der Demokratie. Und diese gilt es dringend zu stützen.

Unser Land hat keine Strategie, welche die Ziele der Aussenpolitik definiert. Deshalb verhandelt unsere Regierung wichtige Verträge ungenügend. Sie gibt zu schnell nach. Sie fordert zu wenig. An Gegengeschäfte wird schon gar nicht gedacht. Aktuell denke ich an die Steuerabkommen, an den Streit um den Anflug auf den Zürcher Flughafen, aber auch an Abkommen mit dem Europarat (EU-Recht, EU-Gerichte). Mit Mehrheitsentscheiden des Souveräns stärken wir dem Bundesrat bzw. den Diplomaten den Rücken auch auf die Gefahr hin, dass Verträge nicht zustande kommen.

Im Initiativtext ist weiter vorgesehen, dass einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken von Volk und Ständen zu bewilligen sind. Dies soll inskünftig verhindern, dass, wie kürzlich geschehen, die Bundespräsidentin quasi auf Vorrat dem Währungsfonds (IWF) Garantien von 10 Mia Dollar gewährt, insbesondere auch, weil sich die umstrittene Bündnerin einen Sitz in dieser erlauchten Organisation erhoffte. Was kriegt aber der grosse Rest der Schweizer Bürger für diese grandiose Summe?

In den Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung ist negativ vermerkt, dass das Ständemehr häufiger zum Tragen käme. Aber, so frage ich mich, wo liegt dabei der erwähnte Nachteil? Gerade bei wichtigen völkerrechtlichen Verträgen – sie betreffen ja das ganze Land – ist es doch unerlässlich, dass neben dem Volk auch die Stände mitzubestimmen haben. Mit der Initiative würden nicht nur die Volksrechte, sondern auch das Vetorecht der Stände erweitert, die vor allem in aussenpolitischen Fragen konservativer stimmen als das Volk. Und das passt der Regierung und einem Grossteil der Parlamentarier nicht in den Kram.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

### Justiz versus Umsetzung Ausschaffungsinitiative

Vereinzelte Juristen wollen den Volkssouverän und somit die Verfassung vorsätzlich missachten. Unverhohlen liessen sie via diverse Zeitungen verlauten, sie werden die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative nicht anwenden, auch wenn sie von Bundesbern irgendwann dann vielleicht doch noch umgesetzt würde. Offensichtlich sehnen sich gewisse Schweizer Richter ungemein danach, wie ihre Kollegen der EU, über das Volk zu richten statt dem Volk zu dienen und stehen damit Strasbourg und Brüssel näher als dem eigenen Land. Die Ausschaffungsinitiative hätte nicht sein müssen, aber sie ist nun mal leider notwendig und vor allem vom Stimmvolk angenommen worden. Logisch bekämpfen nun genau die Verantwortlichen die Umsetzung der Initiative, welche sie durch ihre eigene Ineffizienz verursacht und sich zu allem Übel auch noch mit unbedachten internationalen Verträgen und Abkommen selber Schachmatt gesetzt haben. Die Annahme der Initiative war die einzig mögliche Antwort des Volkes auf das jahrelange Versagen von Politik, Justiz und Behörden beim Asyl- und Migrationswesen, bei der Kriminalitätsbekämpfung und im Strafvollzug.

Orfeo Giuliani, Jonen AG

**Inserieren Sie im «Der Zürcher Bote»!**

**print-ad kretz gmbh**

Telefon 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

besser + günstiger

« Millionen sparen dank mehr Autonomie: Unnötige Bildungsbürokratie verschlingt immer mehr Geld, das in den Schulen fehlt. Mehr Autonomie für die Schulen baut die teure Bildungsbürokratie ab. »
Barbara Steinemann, Kantonsrätin SVP, Juristin

Deshalb am 17. Juni:
Freie Schulwahl JA
www.chanceschulwahlja.ch
Postfach 406, 8047 Zürich, info@chanceschulwahlja.ch, PC 85-483231-4

BDS **Einladung** Mittwoch, 20. Juni 2012
20.15 Uhr

**Referat von Nationalrat Alfred Heer**
Unternehmer, Präsident Bund der Steuerzahler, Delegierter Europarat, seit 2009 Präsident der SVP Kanton Zürich

**Widerstand oder Kapitulation – Die Schweiz am Scheideweg**

WIDDER HOTEL
Augustinergasse 24
Zürich
(Tram 6, 7, 11 und 13 bis Rennweg)
www.widderhotel.ch

**Werden Sie Mitglied beim BDS!**

Unterstützen Sie damit die einzige gesamtschweizerische Vereinigung, die mit grossem Einsatz und erfolgreich gegen immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren kämpft.

Name, Vorname:
Strasse, Nr.:
PLZ: Ort:

☐ Einzelmitglied (Fr. 35.–/Jahr)
☐ Ehepaar (Fr. 50.–/Jahr)
☐ Firmen (Fr. 100.–/Jahr)

Gönner
☐ Private (Fr. 1'000.–/Jahr)
☐ Firmen (Fr. 2'000.–/Jahr)

WIR

BUND DER STEUERZAHLER
Postfach 6803, 3001 Bern
www.bds-schweiz.ch
BDS

*Öffentlicher Worbig-Frühschoppen in Flaach*

*Nationalrat Caspar Baader, Gelterkinden / BL*

**«Die Schweiz unter Druck»**

**Sonntag, 17. Juni 2012, 10.30 Uhr**

*auf dem Weingut von Bettina und Toni Kilchsperger, Worrenberg, Flaach*

(bei schlechtem Wetter in der «Worbighalle», Flaach)
Anfahrtswege sind markiert

*Nach der Ansprache: Ein feines Glas Worrenberger, Grillspezialitäten und andere Köstlichkeiten.*

*Musikalische Umrahmung: «Grenzland-Quintett», Rafz*

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

FINANZPOLITIK

# Ein Staatsfonds zum Wohle der Schweiz!

**Aus den Devisenreserven, welche die Schweizerische Nationalbank bei der Verteidigung der Euro-Untergrenze anhäuft, sollte ein Staatsfonds gegründet werden.**

HANS KAUFMANN
NATIONALRAT SVP
WETTSWIL

Staatsfonds sind kein Novum. Sie sind vor allem in Rohstoffländern populär, deren Ressourcen in 20 bis 30 Jahren erschöpft sein werden. Deshalb parkieren diese Regierungen einen grossen Teil des derzeitigen Geldsegens in Staatsfonds, oft «Fonds für die nächste Generation» genannt. Diese ausgesiedelten Gelder unterstehen zwar den Regierungen, dürfen aber meist erst in 20–30 Jahren angetastet werden oder es stehen lediglich Dividenden- und Zinserträge für den Staatshaushalt zur Verfügung. Mit einem geschätzten Vermögen von über USD 3600 Mrd. sind die Staatsfonds doppelt so wichtige Finanzakteure wie die Hedge funds, die derzeit rund USD 800 Mrd. Vermögen verwalteten.

Die Schweiz profitiert nicht von Rohstoffeinnahmen, aber wegen der Festsetzung eines Mindestwechselkurses zum Euro von CHF 1.20 wird die Schweizerische Nationalbank (SNB) gezwungen, Fremdwährungen in unbegrenzter Höhe zu kaufen. Die Bilanzsumme der SNB dürfte Ende Mai 2012 die CHF 400 Mrd.-Marke erreicht oder sogar überschritten haben, und damit rund 10 Prozent über dem bisherigen Maximum vom letzten November liegen.

Sie nahm seit Beginn der Finanzkrise Mitte 2007 von 21 Prozent des BIP auf 71 Prozent zu. Die eigentlichen Devisenanlagen stellten sich per Ende Mai auf CHF 311 Mrd. Davon könnten Zweidrittel, derzeit rund CHF 200 Mrd., für einen strategischen Staatsfonds eingesetzt werden.

### In Realwerte investieren

Wegen der EU-Verschuldungskrise zeichnet sich eine langjährige Tiefzinsphase ab, denn die Notenbanken werden ihre Leitzinsen nicht nur aus konjunkturellen Gründen, sondern auch wegen der damit verbundenen steigenden Zinskosten für die Staaten kaum anheben. Die SNB hat den Grossteil ihrer Devisenreserven in Staatspapieren angelegt und unterstützt damit die weltweite staatliche Verschuldungsorgie.

Obwohl die SNB ihre Positionen nicht detailliert bekannt gibt, ist durchgesickert, dass die SNB heute mit einem Anteil von rund 7 Prozent an der deutschen Bundesschuld zum grössten Gläubiger Deutschlands aufgestiegen ist.

Mit diesem Klumpenrisiko hat die SNB einen Teil ihrer Handlungsfähigkeit eingebüsst, denn sie könnte nicht von einem Tag auf den anderen ihre wohl gegen 100 Mia. Fr. an deutschen Staatsanleihen ohne Einfluss auf das EU-Zinsgefüge verkaufen. Staatsanleihen sind zudem inflationsanfällige Nominalwerte, hinter denen keine verwertbaren Konkursmassen stehen. Deshalb sollte die SNB solche Anlagen meiden und stattdessen in Realwerten wie Unternehmen, Rohstoffreserven oder Immobilien investieren. Solche Anlagen setzen einen langfristigen Anlagehorizont voraus. Da die EU-Finanzkrise wohl noch viele Jahre anhalten wird, kann die SNB Anlagen auf lange Frist tätigen, denn sie wird ihre Devisenanlagen nicht so rasch wieder abstossen können.

Die SNB hat mit der Ausgliederung von speziellen Kapitalanlagen bereits Erfahrung gesammelt. Damit ist der Stab-Fund gemeint, in den die toxischen Papiere der UBS eingebracht wurden. Dieser wird von Spezialisten der UBS und nicht von der SNB selbst bewirtschaftet. Ein Staatsfonds unterscheidet sich wesentlich von einem indexorientierten Portefeuille ausländischer Aktien, wie es das Anlagereglement der SNB vorsieht. Der Staatsfond muss aktiv, mit strategischen Zielsetzungen verwaltet werden. Indexierte Anlagen sind volkswirtschaftlich betrachtet ohnehin fraglich, denn sie bevorzugen teure und grosse Gesellschaften. Dazu kommt, dass auch in unerwünschte Branchen, wie den Finanzsektor mit 18 Prozent Indexgewicht, oder Konkurenten unserer Schweizer Unternehmen investiert werden muss. Deshalb erscheint das Anlagereglement, gemäss dem Aktien passiv und indexorientiert zu verwalten sind, nicht zweckmässig.

### Löcher der Altersvorsorge stopfen

Die SNB sollte ihre Anlagepolitik radikal ändern und statt Staatsschulden physische Rohstoffreserven und Aktien von ausländischen Unternehmen erwerben, die der Schweiz nützen. Im Vordergrund stehen dabei vier Zielgruppen:

- Energie (Erdölkonzerne, Wasserkraftwerke, Erdgaspipelines);
- Infrastruktur (Verkehrsinfrastruktur mit Anbindung Schweiz, Abfallbeseitigung, Wasserversorgung, Telekommunikation, Flughäfen etc.);
- Rohstoffe (seltene Metalle, auf die unsere Industrie angewiesen ist, aber auch Wirkstoffe für die Pharmaindustrie, Farmland, Edelmetalle);
- Know-how Gesellschaften, deren Forschung und Entwicklung (F & E) nach und nach in die Schweiz abgezogen werden soll (Informationstechnologie, Elektronik, Biotech/Pharmabranche).

Die mit dem Staatsfonds erwirtschafteten Erträge sollen für unsere Altersvorsorge auf die Seite gelegt werden, denn die Tiefzinspolitik der Notenbanken und die Regulierungswut der Regierungen schädigt unsere Altersvorsorge enorm. Die extrem tiefen Zinsen oder eine Zinswende werden dazu führen, dass unsere Pensionskassen und Lebensversicherungen die notwendigen Erträge für die Renten nicht mehr erwirtschaften können. Um diese Löcher in fernerer Zukunft zu stopfen wäre ein solcher Staatsfonds sehr willkommen.

ABSTIMMUNG VOM 17. JUNI 2012

# Die freie Schulwahl löst keine Probleme

**Die Volksinitiative «Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse» muss abgelehnt werden, denn sie hält nicht, was sie verspricht. Sie setzt demokratische Mitsprache aufs Spiel, verursacht organisatorischen und finanziellen Zusatzaufwand und nützt letztlich weder Eltern noch Kindern noch Lehrpersonen.**

ANITA BORER
KANTONSRÄTIN SVP
USTER

Die Schweiz konnte immer mit einem guten Bildungssystem auftrumpfen. Dass eine gute Schulbildung für eine erstrebenswerte Zukunft der Schweiz wichtig ist, ist unbestritten. Die Volksinitiative «Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse» ist aus einer verständlichen Unzufriedenheit und Sorge gegenüber unserem Schulsystem heraus entstanden.

Die Initiative verlangt, dass auch private Schulen öffentliche Gelder erhalten können und somit zu sogenannt «freien» Schulen werden. Die Eltern sollen die Wahl zwischen der bisherigen Volksschule und den neuen freien Schulen haben, was den Wettbewerb erhöhen soll. Das klingt gut, nur: Mit der Initiative liesse sich keines der aktuellen Probleme unserer Schule lösen.

### Hauptprobleme unserer heutigen Schule

Was sind die Hauptprobleme der heutigen Schule? Ein in den letzten Jahren massiv von der Bildungsdirektion gefördertes Umkrempeln des Schulsystems führte zu diversen Verschlechterungen:

- Reformen wie z. B. «altersdurchmischtes Lernen» und Grundstufenversuche führen zu enormen Unruhen in den Klassen, da aufgrund eines hohen Lärmpegels kaum mehr konzentriertes Lernen möglich ist.
- Die Anzahl Kinder, welchen eine sonderpädagogische Massnahme zugewiesen wird, steigt stetig an; Sonderschüler werden rigoros in die Regelklassen integriert.
- Ein hoher Ausländeranteil führt dazu, dass vielerorts ein Grossteil der Schüler zuerst Deutsch lernen muss, bevor sie überhaupt dem Schulstoff folgen können – auf Kosten der deutschsprachigen Schüler in der Klasse.

Unser Hauptanliegen muss es sein, die Schulqualität zu verbessern. Die Schulqualität kann aber mit der freien Schulwahl nicht verbessert werden – im Gegenteil.

### Die Belastung steigt an

Könnte die Schule frei gewählt werden, so wüssten die Schulgemeinden im Voraus nicht, mit wie vielen Schülern sie im neuen Jahr rechnen können. Mehrheitlich die Gemeinden müssten für Transportkosten aufkommen, wenn ein Kind an einen weiter entfernten Schulort gefahren werden müsste.

Zudem stossen alle Schulen an Kapazitätsgrenzen. Würden sich zu viele Schüler für eine Schule anmelden, müssten sie wieder abgewiesen werden – der Zweck der freien Schulwahl käme gar nicht zum Tragen. Die vermehrten Anfragen bei den Schulen würden ebenfalls zu Mehraufwand führen.

### Kostenfolgen vs. Schulqualität

Die freie Schulwahl würde jährliche Mehrkosten von etwa 64 Mio. Franken verursachen. Für diese Mehrausgaben müsste der Steuerzahler aufkommen ohne, dass eine Qualitätssteigerung zu erwarten ist.

Denn: Eine Privatschule erhält eine Bewilligung und somit staatliche Unterstützung, wenn die Lehrpersonen ausgebildet, die Schulzimmer genügend gross und nach Zürcher Lehrplan unterrichtet wird. Diese Richtlinien sagen noch nichts über die Qualität der Schule aus – abgesehen davon, dass die Qualität der Schulen aufgrund unterschiedlicher Schulkonzepte gar nicht gemessen und verglichen werden könnte.

### Demokratische und gesellschaftliche Folgen

Die Volksschule ist, wie es der Name sagt, eine Schule des Volkes. Das bedeutet, dass die Bürger politischen Einfluss über die Wahl der Schulpflege und die Mitsprache bei Abstimmungen nehmen können. Bei den neuen «freien» Schulen wäre diese Mitsprache nicht mehr möglich, da die Trägerschaften privater Natur wären. Wer zahlt, der soll auch mitbestimmen können – die Beschneidung der demokratischen Mitsprache bei einer Annahme der Initiative wäre nicht opportun.

Bereits jetzt lässt sich erahnen, dass Eltern bei einer freien Schulwahl das Schulhaus wahrscheinlich weniger nach Qualität, sondern vielmehr nach Milieu auswählen würden. Dies würde zu einer starken Segregation führen, was unserem System nicht zuträglich wäre. Zudem macht es für Schüler Sinn, am Wohnort zur Schule zu gehen – denn dort finden die sozialen Bindungen statt.

### Mehr Qualität erwünscht? Ja – aber nicht so!

Massnahmen im Schulbereich sind erwünscht. Einerseits müssen die Gemeinden flexibler werden, ihre Schule attraktiv zu gestalten, andererseits sind nicht zielführende Reformen verbunden mit administrativem Aufwand zu unterlassen – damit sich Lehrpersonen wieder auf den Hauptauftrag, das Unterrichten, konzentrieren können.

Die Initiative «Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse» steuert eindeutig in eine falsche Richtung, deshalb muss sie abgelehnt werden.

## Bürgeraktion «Gesunde Währung»

Die Nationalräte Luzi Stamm und Lukas Reimann sowie «Schweizerzeit»-Chefredaktor Ulrich Schlüer haben die Bürgeraktion «Gesunde Währung» gegründet. Sie haben der Öffentlichkeit ein Manifest mit sechs Grundsatzforderungen zu den Schwerpunkten **gesunde Währung, Demokratie, Inflation, Widerstandsrecht, IWF-Austritt** sowie **Recht auf Eigentum** präsentiert.

Unterzeichnen auch Sie das Manifest auf der Website der Bürgeraktion:

**www.gesunde-waehrung.ch**

**Zmorge mit Nationalrätin Natalie Rickli**

Am Neftimärt vom 23. Juni 2012 finden Sie

- traditionelle Marktstände
- reichhaltiges Zmorge-Buffet, organisiert von der SVP Neftenbach
- Treffen mit der bekannten SVP-Politikerin

Wir sind überzeugt, dass an diesem Morgen interessante und brisante Themen angesprochen werden, die Sie interessieren.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.
**SVP Neftenbach**

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65

**Parteiarbeit als Grundlagenarbeit**
**Tagung für Orts- und Bezirksparteien**

Eine politische Grundlagenarbeit ist die optimale Basis für erfolgreiche Wahl- und Abstimmungskämpfe. Im Rahmen unserer fortlaufenden Seminare stellen Ihnen unsere ausgewiesenen Mandats- und weitere Verantwortungsträger ihre Erfahrungen „in der Sektion", „auf der Strasse", „in den Medien" und „im Parlament" zur Verfügung. Alle Orts- und Bezirksparteipräsidenten, Vorstandsmitglieder sowie interessierte Parteimitglieder sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Datum: Samstag, 30. Juni 2012
Türöffnung: 08.30 Uhr mit Kaffee und Gipfel
Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 12.30 Uhr
Ort: Hotel Wellberg, Volketswil

Programm:
Die SVP des Kantons Zürich – eine Standortbestimmung
Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP ZH

Parteiarbeit im 21. Jahrhundert: Back to the roots!
Kantonsrat Gregor A. Rutz, Vizepräsident SVP ZH

Gruppenarbeiten (4 Gruppen, Zirkulation, je 30 min)
1 In der Sektion: Mitgliederwerbung / Veranstaltungen / Finanzen
KR Stefan Krebs (Bezirkspräs. Affoltern) / Martin Suter (Bezirkspräs. Horgen)
2 Auf der Strasse: Standaktionen / Unterschriftensammlungen
KR Anita Borer (Präs. JSVP) / GR Patrick Walder (Vizepräs. JSVP)
3 In den Medien: Medien- und Pressearbeit / Leserbriefe
Martin Baltisser (Generalsekretär SVP CH)
4 Im Parlament: Vorstösse, Anträge und Voten
NR Alfred Heer (Präsident SVP ZH) / KR Gregor A. Rutz (Vizepräs. SVP ZH)

Im Anschluss: Diskussion im Plenum / Abschluss

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Informationstagung vom Samstag, 30. Juni 2012

☐ Ich melde mich für die Tagung an.
☐ Wir melden uns für die Tagung an ___ Anzahl Personen

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Telefon: E-Mail:

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

## Fadegrad

### *CVP, FDP, BDP*

VON ROLF A. SIEGENTHALER

*Bussen sind ein budgetrelevanter Faktor. Kantone mit Autobahnabschnitten sind diesbezüglich privilegiert. Betrachten wir exemplarisch den Kanton Glarus, der «besitzt» ein Autobahnstück von ca. 17 km für dessen «Bewirtschaftung» die Polizei eigens einen mobilen Radar beschafft hat. An schönen Wochenenden der warmen Jahreszeit kann dieser zudem am Klausen eingesetzt werden, um Motorradfahrer zu blitzen. Das dient natürlich der Verkehrssicherheit. Diese Meinung vertrat am Montag auch unser Kantonsrat. Lorenz Habicher hatte einen Vorstoss eingereicht, um die Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen auf Autobahnen im Kanton Zürich zu verhindern. Bei diesen Kontrollen wird die Einfahrt eines Fahrzeuges auf einen Streckenabschnitt gemessen und wiederum dessen Ausfahrt. Aufgrund des Zeitbedarfs zur Überwindung der definierten Strecke wird die Durchschnittsgeschwindigkeit des Fahrzeugs ermittelt. Ist diese zu hoch, wird der Fahrzeughalter gebüsst. In der Schweiz werden gegenwärtig mit zwei Pilotanlagen Versuche durchgeführt. Es gibt allerlei technische Gründe, Abschnittskontrollen abzulehnen. Wir wollen diese hier nicht vertiefen. Wir nehmen einfach zur Kenntnis, dass die SVP, mit 50 Stimmen gegen alle anderen, mit ihrem Anliegen unterging. Die SVP wurde selbstverständlich von keiner Seite verschont. Insbesondere aus der Mitte kamen die wohlmeinenden Worte, während die Linke mit Häme nicht sparte. Sogar die Freiheitlichen von der liberal-freisinnigen Fraktion gaben sich selbstkritisch, indem Beat Badertscher zugab, bei ihm hätte eine Geschwindigkeitsbusse einen Läuterungsprozess in Gang gebracht. Es tue gut, ab und zu gebüsst zu werden. Der unbedarfte Zuhörer mochte sich fragen, ob ein leichter Hang zum Masochismus vorliege. Immerhin wird bei dieser neuen Methode der Fahrzeugführer über eine längere Strecke gezielt verfolgt. Zwar wird man heute schon auf vielen Strassenabschnitten gefilmt, aber das gilt der generellen Überwachung des Verkehrsflusses und ausdrücklich nicht der Messung einzelner Fahrzeuge. Man mochte das Ergebnis schulterzuckend zur Kenntnis nehmen und sich der Ansicht der Mehrheit anschliessen, die fand, Geschwindigkeitsbussen seien am einfachsten durch angepasstes Fahren vermeidbar. Und dann Überraschung am Donnerstag beim Öffnen des Leib- und Magenblattes! Der Nationalrat hatte ebenfalls über diese Kontrollen befunden. Die grosse Kammer entschied aber so, wie die SVP am Montag im Kantonsrat es gerne gehabt hätte. Die Mitte unterstützte das SVP-Anliegen. CVP, FDP, BDP wandten sich gegen den raffgierigen Überwachungsstaat. Das Ehepaar Lorenz und Barbara Schmid, beide CVP, er Kantonsrat, sie Nationalrätin, stimmte gar indirekt gegeneinander. Nur, der Ständerat wird dem Nationalrat bald widersprechen – raten Sie mal, mit wessen Stimmen? CVP, FDP, BDP!*

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

# Bann des Bedeutungslosen – Sinn als Übungsfeld und Gedankenstifter

**Immerhin ist der Gemeinderat ein Übungsraum, um politische Erfahrungen zu sammeln und so das Rüstzeug zu gewinnen zur Weiterentwicklung in den Kantons- und den Nationalrat. So gesehen kann man es wegstecken, wenn sich der Rat wieder einmal im Kreis der Bedeutungslosigkeit dreht; Kernpunkt war diesmal der missratene Versuch zur Rationalisierung bei der Bewirtschaftung des Büromaterials. Da liegt es auf der Hand, dass die Gedanken von jenen Geschehnissen in Bann gezogen werden, die für unser Leben wirklich von Belang sind; beispielsweise der Druck auf den Schweizer Franken.**

B. IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Was soll man schon schreiben über durchgewinkte rotgrüne Vorstösse zum Verkehr, in erster Linie zu Gunsten des Trams und des Velos? Auch **Roland Scheck** (SVP) konnte sich da mit seinen Voten nicht durchsetzen gegen absurde Ansinnen vom Zuschnitt wie: «es sei, wie wenn man von einem Flughafen zum andern eine Schiffslinie fordern würden». Oder was soll man sich auslassen über teure und überwiesene Motionen der alternativen Linken zum Bau von Schulhäusern? Verlassen wir diese Öde und gehen wir zu dem, was noch Bedeutung hat.

**Am Rande der Bedeutung …**

Am ehesten noch bedeutsam wäre der Versuch, durch eine Zusammenlegung der städtischen und der kantonalen Bereiche für Büromaterial Geld zu sparen, allerdings weniger in inhaltlicher Sicht, sondern wegen der ignoranten Haltung des Stadtrates. Die Sprecherin der Minderheit, **Marina Garzotto** (SVP) zeigte auf, dass die Weisung der Stadtregierung nur so strotzt von einer Abwehrhaltung, «wie wenn man Angst hätte, ein geliebtes Betätigungsfeld zu verlieren». So dümpelt der Abend vor sich hin, an welchem **Urs Weiss** (SVP) seinen Abschied nahm, nachdem er sich seit fast zehn Jahren mit seriöser Arbeit eingesetzt hat.

Schade ist es, aber realistisch, dass man im Zürcher Gemeindeparlament, einmal zurückgetreten, rasch der Vergessenheit verfällt. Die «Halbwertszeit der Erinnerung» für Mitglieder der Legislative ist kurz; besser wäre dies bei der Exekutive, den Stadträten, aber da war die SVP unzähligen Anläufen zum Trotz seit einigen Jahrzehnten in der Volkswahl nicht mehr mehrheitsfähig.

**… die Perspektive als Hoffnung …**

Eine gewisse Trostlosigkeit bietet so die Aussicht, dass das Mandat im Gemeinderat – oft im Zirkel des Bedeutungslosen – alles war, was das politische Leben hervorgebracht hat; daher ist für politisch Interessierte eine Weiterentwicklung im kantonalen und eidgenössischen Räten eine Notwendigkeit.

Bewundernswert ist daher die Arbeit des Fraktionschefs der SVP, **Mauro Tuena,** der sich mit grossem Engagement, guter Vorbereitung und besten Dossierkenntnissen für die Ratsarbeit einsetzt, auch ohne Aussicht, in den Kantonsrat nachrutschen zu können, nachdem die SVP in seinem Wahlkreis den einzigen Sitz verlor. Auch der Stadtparteipräsident der SVP, **Roger Liebi,** ist als Kantonsrat zurückgetreten, um sich der Arbeit im Gemeinderat widmen zu können.

**… für eine bessere Zukunft …**

Zwar sind sich die Abläufe im Stadtzürcher Gemeinderat und im Kantonsrat ähnlich, so dass, anders als in den Parlamenten kleinerer Städte oder Gemeinden, dieser Rat eine gute Erfahrungs-Plattform für den Sprung in den Nationalrat bietet: dies hat sich bei den meisten Parteien wiederholt so ergeben, ausser bei der SVP; dafür stehen hier auch Kandidaten ohne (grosse) parlamentarische Erfahrung auf der Liste der Auserwählten.

Dass sich mit einer guten Argumentation dank Erfahrung auch Berge versetzen lassen, bewies ein SVP-Nationalrat, als es ihm gelang, eine Reduktion von Radarkontrollen auf Nationalstrassen zu erwirken – der erfolgreiche Vorstoss stammt allerdings aus dem Aargau – aus der Feder von Ulrich Giezendanner.

**… in einer anderen Welt …**

Damit schweifen die Gedanken auf weitere Fragen, die für unser Leben, anders als kommunale Leeläufe, von Bedeutung sind. So sind wir von der unsäglichen Euro-Krise über den Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken massiv mitbetroffen. Das zeigen auch die Querelen um den derzeit gehaltenen Kurs.

Da das Halten dieses Kurszieles von 1.20 Franken immer teurer wird, gerät die Nationalbank immer mehr in die Falle. Je mehr Devisen sie kaufen muss, um ein Absacken des Euros zu verhindern, desto grösser wird wegen dem steigenden Volumen der Geldmenge nicht nur das Inflationsrisiko auf mittlere bis längere Sicht; durch die steigenden Devisenbestände im Keller der Nationalbank steigt auch das Verlustrisiko im Falle, dass der Mindestkurs eines Tages nicht mehr zu halten ist.

**… und in einem Teufelskreis …**

Je länger der Kurs mit Interventionen gehalten – und je grösser der Berg der Eurobestände bei der Schweizer Nationalbank – wird, desto gravierender würden dann die Devisenverluste der Nationalbank ausfallen. Das heisst: Mit zunehmender Dauer steigt der Zwang für die Nationalbank zur endlosen Intervention, nur schon um ein Devisenmassaker im eigenen Keller zu vermeiden. So sinkt die Nationalbank immer tiefer in den Sumpf des Interventionismus. Drohend steht dann das Gespenst des Totalverlustes des eigenen Kapitals am mit Euro-Trümmern verhangenden Himmel.

Doch dies hindert die Vertreter der Eigeninteressen nicht daran, weiterhin einen tieferen Frankenkurs zu fordern – ungeachtet der zunehmenden Inflationsrisiken. Damit versuchen Linke und Gewerkschaften nicht nur, sich kurzfristig populär zu machen mit dem Argument der Arbeitsplätze: Steht dann eines Tages tatsächlich die Inflation ins Heimatland, dann profitieren davon die Schuldner; die Schuldenwirtschaft der Linken wird dann durch ihre eigenen Forderungen noch honoriert, während die Sparer durch einen Verlust ihrer Substanz bestraft werden – dies trifft dann auch die Renten: das ist der Rentenklau der Linken.

**… der Interessen**

Während sich die Lage für die Exportindustrie als komplex erweist, sind die Forderungen aus dem Kreise von Schweizer Tourismus, Hotellerie und Gastrosuisse schon eher egozentrisch: Statt mit einem besseren Preis-Leistungsverhältnis wettbewerbsfähig zu bleiben, sind Vertreter dieser Institutionen erzürnt, dass man die Anbindung des Frankens an den Euro überhaupt in Frage stellt und fordern demgegenüber im dissonanten Chor mit der Linken einen inflationstreibenden Interventionismus. Da will man lieber Margen absahnen – auch wenn es zum Schaden der Nation gereicht.

Fordern ist leicht, konstruktive Politik zu betreiben dagegen schwer. Da bietet der Gemeinderat – auch wenn es oft mühsam und wirkungslos ist – wenigstens ein Übungsfeld, auf dem man sich für die Auseinandersetzungen in der weitreichenden Politik üben kann.

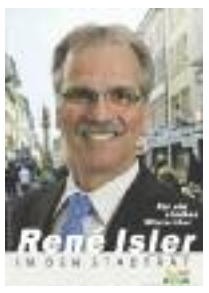
# Parolen zur Volksabstimmung vom 17. Juni 2012

## Vorlagen Stadt Zürich

**Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung** — **NEIN**

**KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)** — **JA**


## Wahltreff mit René Isler




Sehr geehrte Damen und Herren
Vielen Dank für die tolle Unterstützung von René Isler in den vergangenen Wochen! Wir treffen uns am Wahlsonntag, **17. Juni 2012, ab 16.00 Uhr** im Restaurant Walliserkanne, Steinberggasse 25, 8400 Winterthur und erwarten gemeinsam mit René die Bekanntgabe der Resultate.

Wir hoffen auch Sie begrüssen zu dürfen.

Komitee René Isler in den Stadtrat
Yves Senn, Daniel Oswald und Werner Schneider
Bei Rückfragen: ysenn@bluewin.ch
oder Tel. 078 778 40 42

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes



Öffentlicher Anlass

**Buch, Gitarre und Fakten aus dem Bundeshaus**

Zu Gast:
**Nationalrat Oskar Freysinger**

Donnerstag, 28. Juni 2012, 20 Uhr
Restaurant Hirschen, Hinwil

SVP des Bezirks Hinwil

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes


## LESERBRIEF

### Deutschlands grosse Sorge: EU-Osterweiterung

Das Problem ist nicht neu – wurde jahrelang verdrängt – und wird immer dringender. Gedacht ist die grosse Zahl von polnischen Handwerkern, die auf Deutschlands Baustellen für ein «Trinkgeld» arbeiten. Mit einer Mega-Razzia im Grossraum Stuttgart wurde kürzlich unter Einsatz von rund 1000 Einsatzkräften von Polizei, Zoll und der Steuerfahndung gegen Dutzende von polnischen Schwarzarbeitern ermittelt. Das derzeitige Ausmass von illegal Beschäftigten auf Baustellen wird im Sommer 2012 durch die neu aufgenommenen Staaten Rumänien und Bulgarien noch stark zulegen. Die Polen sorgen sich heute schon vor der neuen Situation. Die polnischen Schwarzarbeiter arbeiten für nur 3 bis 4 Euro in der Stunde, zehn Stunden am Tag und sechs Tage in der Woche. Rumänen und Bulgaren werden dies bereits für 2 bis 3 Euro tun.

Die geltenden Dienstleistungsrichtlinien der EU haben den illegalen Machenschaften auf dem Bau Tür und Tor geöffnet. Unsere Sozialwerke, wie AHV/IV, Pensionskassen und die ewiggestrigen Befürworter der Personenfreizügigkeit, werden noch gewaltige «Wunder» erleben. Leider trifft es dann meistens die Falschen.

Daher: Alle Mannen und Frauen auf Deck und am 17. Juni 2012 mit Überzeugung für die Initiative «Staatsverträge vors Volk» stimmen!

Walter Egli, Zürich

# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

## ZU VERKAUFEN

**Vierradwagen** Tanner Alu 10 m³, Fr. 5000.–, **Cambridgewalze,** 2,2 m breit, Fr. 100.–, **Hochdruckreiniger Kränzle,** 180 bar, Fr. 1200.–, **Drahtseil,** 45 m, ∅ 10 mm, rostfrei, Fr. 150.–, **Halbrundlatten,** 320 lm, pro lm Fr. 1.–, **Heugebläse und Telesk.,** ∅ 50 cm, gratis. Tel. 044 918 15 42.

**HONDA CRV** Autom. blau met., Jg. 10.99, 100 000 km, 1973 cm³, jährlicher Service gemacht, ab MFK 4.12, Fr. 6800.–, Tel. 079 577 68 70.

Neuw. **Tischdrehbank** Klippfeld K-10A aus Österreich, mit autom. Längsvorschüben, max. DrehØ 250 mm, max. Drehl. 650 mm. Gew. 140 kg, geeignet für allg. Dreharbeiten, keine hochpräz. Maschine Muss abgeholt werden. Preis Fr. 800.–. Tel. 044 780 39 37 oder 044 793 37 47.

**Spielwaren-Onlineshop.** Pädagogisch wertvolle Spielwaren und qualitativ hochstehende Kindermöbel, Naba, Eko, Sigikid, Spielba, Carrera, Janod, Baby-Jojo, Fatboy, Holzspielwaren, Spiele, Kugelbahnen, Geomag, Grill aus Edelstahl. Telefon 079 404 05 52.

**Maiensäss** im Kt. Graubünden mit sensationeller Aussicht und ca. 15 000 m² Land, Wald – Wiese. Tel. 081 302 73 72.

**Royal Schreibmaschine,** Fr. 100.–, Telefonstation C39 «Aton», Fr. 50.-, neuwertig. Tel. 044 391 84 72.

## ZU KAUFEN GESUCHT

Sammler kauft Briefmarken, Ansichtskarten, ganze Sammlungen und Nachlässe. Bewerte auch Ihre Sammlung. Zahle faire Preise. Tel. 079 430 77 51.

## ZU VERMIETEN

Raum Pfannenstiel auf Bauernhof, **Stall mit 5 grossen Boxen,** mit Auslauf, Weiden , Schnitzelpl., Sattelkammer, WC, Dusche, ab sofort. Tel. 079 324 66 43.

## ERNEUERBARE ENERGIEN

**Investieren Sie in Sonnenenergie?** Wir bauen und betreiben hocheffiziente Solardächer im ländlichen Raum. Zur Realisierung interessanter Grossprojekte suchen wir Festgeld von Firmen oder Privatpersonen. Min. 1 Mio., 5 J. fest, Zins 3,5 %. Kontakt: M. Schürch, Telefon 079 471 73 90.

## IMMOBILIENVERKAUF

**Hausverkauf** infolge Scheidung. Altershalber. Erbschaft. Ich helfe Ihnen. Telefon 079 680 99 35, www.immomio.ch.

Zu verkaufen
**Landw. Schweinezuchtbetrieb**
**für 60 Muttersauen und Remonten.**
**5,4 ha Land für Ackerbau.**
**Nähe Düdingen Kt. FR, 512 m.ü.M.**

Mit Wohnhaus und verschiedenen Ökonomiegebäuden
Die Gebäude sind in einem sehr guten Zustande.

Moderne Stallungen mit Computerfütterung und Harvestoresilo

Übernahme Ende Jahr 2012 oder Frühjahr 2013

Im Auftrage und Sie erhalten Unterlagen von:

Alois Dähler Landwirt Liegenschaften-vermittlung

*Alois Dähler*
*Liegenschaftenvermittlung*
*Landwirt, Eichhof*
*8558 Helsighausen*
*Tel. 052 762 74 74*
*Fax 052 762 74 70*
*alois.daehler@iconsurf.ch*

**Achtung!**

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.
**044 822 26 11.**

**Wir kaufen**

**Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen**

Angebote an:
Konrad Gadient, Postfach 311,
8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80
konrad.gadient@bluewin.ch

Für unser Lohnunternehmen suchen wir:

**Maschinist / Traktorführer**

Für die Saison Sommer/Herbst 2012.
Unsere Dienstleistungen: Dreschen, Pressen, Maishäckseln, Maisballen pressen, Schnitzelpressen in der Zuckerfabrik Frauenfeld.
Senden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen oder rufen Sie uns an. Telefon: 052 355 04 04
mail: info@maschinenbetrieb-bruetten.ch

BALTENSPERGER MASCHINENBETRIEB

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

Zu kaufen suchen wir eine **mittlere bis grosse landwirtschaftliche Liegenschaft zur Selbstbewirtschaftung mit Tier- und Maschineninventar,** mit oder ohne Milchkontingent.

**Genügend Eigenkapital vorhanden (über Fr. 2 800 000.–).**

Angebote bitte an
Chiffre U 111-100559,
an Publicitas S.A., Postfach 48,
1752 Villars-s/Glâne 1

## IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

**Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.**

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt.

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt.

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

**Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.**

Die SVP des Kantons Zürich sucht per **1. September 2012** oder nach Vereinbarung eine(n)

## Parteisekretär/-in / Geschäftsführer/-in (100%)

Sie sind verantwortlich für die Gesamtleitung des Sekretariats, Sie erstellen das jährliche Aktionsprogramm, koordinieren und organisieren die Parteiaktivitäten und gewährleisten den Informationsfluss zwischen den Parteigremien und Kommissionen, Sie nehmen an den Sitzungen des Büros der Parteileitung, der Parteileitung, des Kantonalvorstands, der Bezirksparteipräsidenten, der Delegiertenversammlungen, der Kommissionen sowie des Zentralvorstands und der Delegiertenversammlungen der SVP Schweiz teil, Sie verfassen Pressemeldungen, konzipieren Medienkonferenzen, gewähren und vermitteln Medienkontakte, Sie konzipieren und führen Schulungs- und Informationsanlässe durch, Sie konzipieren und führen Wahl- und Abstimmungskämpfe durch, Sie sind für das Fundraising verantwortlich und Sie verfassen Vernehmlassungen und Positionspapiere. Insgesamt figurieren Sie zusammen mit einem kleinen Team als Dienstleistungs- und Anlaufstelle für die Parteigremien, die Bezirksparteien und Ortssektionen sowie für die über 14 000 Mitglieder der SVP des Kantons Zürich.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen und sich mit der Politik derSVP des Kantons Zürich identifizieren können, senden Sie IhreBewerbung mit den üblichen Unterlagen bis am **15. Juli 2012** an Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident SVP des Kantons Zürich,Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, oder per Mail an heer@cande.ch.

Für Auskünfte stehen Ihnen der Parteipräsident Alfred Heer (Telefon 079 416 99 82) oder der aktuelle Stelleninhaber Yves Gadient (Telefon 044 217 77 60) zur Verfügung.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Öffentliche Podiumsveranstaltung vom 21. Juni 2012

## Warum sollen Junge in die Politik?

Es diskutieren:

**Natalie Rickli (Nationalrätin)**
**Anita Borer (Kantonsrätin, Präsidentin JSVP)**

Leitung: **Ringo Keller, Gemeinderat Birmensdorf**

SVP Die Partei des Mittelstandes

**Donnerstag, 21. Juni 2012, 19.30 Uhr**

Gemeindezentrum Brüelmatt, Birmensdorf
Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer. Es lädt ein: Die SVP Birmensdorf

**Millionen sparen**

Die Investition in die Schulwahlfreiheit ist eine gute Investition. Wenn jedes Kind Zugang zu jener Schule hat, die optimal zu seinen Fähigkeiten passt, können viele Therapien eingespart werden. Die Kosten der sonderschulpädagogischen Massnahmen im Kanton Zürich betragen jedes Jahr eine halbe Milliarde (!) Franken. Die Schulwahlinitiative gibt den Schulen mehr Autonomie und baut Bildungsbürokratie ab. Das ganze Bildungswesen kann mit dem pädagogischen Wettbewerb besser und billiger werden.

**Deshalb am 17. Juni:**
**Freie Schulwahl JA**

chance schulwahl ja

Postfach 406, 8047 Zürich, info@chanceschulwahlja.ch, www.chanceschulwahlja.ch, PC 85-483231-4

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

## VORANKÜNDIGUNG

**19. Zürcher Ratsherren-Schiessen**
Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

## SVP-KANTONSRATSFRAKTION

**Kantonsrat / Fraktion**
Montag, 18. Juni 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

## SVP-STAMM

**Bezirk Bülach / Embrach**
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil / Wetzikon**
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

**Bezirk Horgen / Oberrieden**
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

**Bezirk Meilen / Männedorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

**Bezirk Pfäffikon / Weisslingen**
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

**Bezirk Uster / Uster**
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

**Junge SVP Kanton Zürich**
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

**Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur**
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

**Stadt Winterthur / Seen**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich / Kreis 3**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

**Stadt Zürich / Kreis 4 und 5**
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 6**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 10**
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 11**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich / Kreis 12**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Blume (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

**Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss**
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

## SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**
Montag, 10. September 2012, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Freitag, 28. September 2012, Jahresausflug; Besichtigung der Pilatus-Werke in Stans und Führung durch das Bundesbriefmuseum in Schwyz. Carfahrt, Besichtigung und Führung sind gratis (Spende)! Anmeldungen (Sektionsmitglieder Hausen am Albis werden bevorzugt) bis spätestens Dienstag, 31. Juli 2012, an Beatrice Sommerauer, Zugerstrasse 5, 8915 Hausen am Albis, b.sommerauer@bluewin.ch.

**Bezirk Andelfingen / Flaach**
Sonntag, 17. Juni 2012, 10.30 Uhr, auf dem Weingut von Bettina und Toni Kilchsperger, Worrenberg, Flaach, (bei schlechtem Wetter in der «Worbighalle», Flaach), öffentlicher Worbig-Frühschoppen mit Nationalrat Caspar Baader, Gelterkinden BL. Er spricht zum Thema «Die Schweiz unter Druck». Nach der Ansprache: Ein feines Glas Worrenberger, Grillspezialitäten und andere Köstlichkeiten. Musikalische Umrahmung mit dem «Grenzland Quintett», Rafz. Anfahrtswege sind markiert.

**Bezirk Dielsdorf / Rümlang**
Samstag, 7. Juli 2012, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 14. Politstamm. Als Referent nimmt Nationalrat Toni Bortoluzzi teil. Thema «Herausforderung Sozialversicherungen».

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**
Donnerstag, 21. Juni 2012, 19.30 Uhr, Gemeindezentrum Bruelmatt, Birmensdorf, öffentliche Podiumsveranstaltung zum Thema «Warum sollen Junge in die Politik?» mit Nationalrätin Natalie Rickli und Kantonsrätin Anita Borer, Präsidentin JSVP. Leitung: Ringo Keller, Gemeinderat, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil**
Donnerstag, 28. Juni 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Hinwil, öffentlicher Anlass «Buch, Gitarre und Fakten aus dem Bundeshaus». Zu Gast ist Nationalrat Oskar Freysinger.

**Bezirk Hinwil / Wetzikon**
Samstag, 7. Juli 2012, auf dem Bauernhof der Familie Hug (vis-à-vis Sonnweid), Bachtelstrasse 71, Wetzikon, SVP-Familien-Fest mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz.
Programm:
16.00 Uhr: Festwirtschaft, Milchpromotion, Hüpfburg und Malecke für Kids.
19.00 Uhr: Auftakt mit musikalischer Unterhaltung und Festansprachen.

**Bezirk Horgen**
Donnerstag, 12. Juli 2012, 20.00 Uhr (Apéro 19.30 Uhr), Restaurant Sternensee, Samstagern, öffentlicher Vortrag mit Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, zum Thema «Führt uns der Bundesrat in die EU und war die EURO-Anbindung der Nationalbank der EU-Beitritt durch die Hintertüre?»

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Sonntag, 1. Juli 2012, ab 10.00 Uhr, bei Gottlieb und Ueli Welti, Ob. Heslibachstrasse 86, Küsnacht, Puure-Zmorge mit Regierungsrat Markus Kägi. Die Lützelsee-Musikanten unterhalten Sie.

Samstag, 22. September 2012, 10.00–17.00 Uhr, beim Forsthaus, Küsnacht, verschiedene Aktivitäten (Waldbewirtschaftung, Wild und Jagd, Vögel, Pilze, Festwirtschaft).

**Bezirk Winterthur / Neftenbach**
Samstag, 23. Juni 2012, Neftimärt, mit traditionellen Marktständen, reichhaltigem Zmorge-Buffet, Treffen mit der bekannten SVP-Politikerin Nationalrätin Natalie Rickli. Wir sind überzeugt, dass an diesem Morgen interessante und brisante Themen angesprochen werden, die Sie interessieren. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

**Stadt Zürich / Kreis 9**
Donnerstag, 30. August 2012, ab 19.30 Uhr, «Abstimmungshöck» zu den Abstimmungsvorlagen vom 23. September 2012. Genaue Angaben folgen.

**Stadt Zürich / Kreis 11**
Freitag, 15. Juni 2012, ab 18.30 Uhr, Blumen-Sue, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grill-Plausch mit Grill, Salaten, Bier, Wein, Mineral, Kuchen (ÖV: VBZ-Busse 75 und 29; MIV: Parkplätze beim Friedhof Schwandenholz). Anmeldungen bis spätestens Dienstag, 12. Juni 2012 an svp.zh11@bluewin.ch oder Kantonsrat Walti Isliker, Käshaldenstrasse 31, 8052 Zürich, Natel 079 259 52 55. Parteimitglieder, Parteifreunde und Interessenten sind herzlich willkommen.

**Winterhur Stadt – Albanifest 2012**
Freitag, 29. Juni 2012 bis Sonntag, 1. Juli 2012, SVP-Schweizerhütte (Stand 38; Obertor vor der Post). Festwirte: Rolando Keller und Stephan Nyffeler. Programm:
Freitag, 29. Juni, ab 20.00 Uhr: DJ.
Samstag, 30. Juni, ab 18.00 Uhr: DJ.
Sonntag, 1. Juli, ab 10.00 bis 14.00 Uhr: Buurebrunch (unterstützt durch Bernd Maurer, Restaurant Walliserkanne, Steinberggasse 25, Winterthur). Grilladen: Bratwürste, Steaks, Wintiwürste. Buurebrunch: Speckrösti, Zopf, Gipfel, Brötli, Butter, Konfitüre, Honig, Käseplatte, Fleischplatte, Birchermüesli, Früchtekorb. Ab 14.00 Uhr: DJ.

**Winterthur Stadt**
Sonntag, 17. Juni 2012, ab 16.00 Uhr, Restaurant Walliserkanne, Steinberggasse 25, Winterthur, Wahl- und Abstimmungstreff.

Dienstag, 19. Juni 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Freieck, Tösstalstrasse 287, Winterthur Seen, Parteiversammlung. Anschliessend an die Parteiversammlung, um 20.00 Uhr, Bericht aus Bern: Öffentliche Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Jürg Stahl.

## SVP-FRAUEN

**SVP-Frauen Kanton Zürich**
Mittwoch, 18. Juli 2012, 19.00–22.15 Uhr, in der Brasserie Lipp, Uraniastrasse 9, Zürich, Sommerhöck. 19.00 Uhr: Nachtessen, 21.00 Uhr: Private Führung durch die Urania Sternwarte Zürich (im gleichen Haus). Flyer mit Anmeldetalon folgt. Partner, Freunde und SVP-Sympathisanten sind herzlich willkommen!

**SVP-Frauen Stadt Zürich**
Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Samstag, 24. November 2012, 8.30–14.00 Uhr, SVP-Tagung zum Thema «Vertherapeutisierung der Volksschule». Organisiert durch SVP-Frauen Stadt und Kanton Zürich und Bildungskommission des Kantons Zürich. Weitere Angaben folgen.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

## WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 20. Juni 2012, 20.15 Uhr, Widder Hotel, Augustinergasse 24, Zürich (Tram 6, 7, 11 und 13 bis Rennweg), Referat von Nationalrat Alfred Heer, Unternehmer, Präsident Bund der Steuerzahler, Delegierter Europarat, seit 2009 Präsident der SVP Kanton Zürich, zum Thema «Widerstand oder Kapitulation – Die Schweiz am Scheideweg». Veranstalter: Bund der Steuerzahler (www.bds-schweiz.ch).

Dienstag, 11. September 2012, 18.00 Uhr, Aula, Universität Zürich, Podiumsdiskussion zum Thema «10 Jahre Schweiz–UNO» mit alt Bundesrat Joseph Deiss, alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Luzi Stamm. Moderation: Christine Maier, SRF. Einführungsreferat von Bundesrat Didier Burkhalter.

## MOTORRAD-CLUB SVP

**Ausfahrten**
Sonntag, 24. Juni 2012, **3. Ausfahrt,** Region Ostschweiz, Stressless durch wunderschöne Landschaft. Treffpunkt: 9.00 Uhr, Rapperswiler Damm, beim Parkplatz Restaurant Seefeld (bitte pünktlich).

Sonntag, 22. Juli 2012, **4. Ausfahrt.** Schwarzwald. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, **5. Ausfahrt:** Vierpässefahrt (Gotthard, Nufenen, Grimsel, Susten). Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, **6. Ausfahrt:** Kanton-Zürich-Tour. Nähere Angaben folgen.

**Höcks**
Dienstag, 10. Juli 2012, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Schützenhaus Meilen, Schützenhausstr. 31, Meilen.

Donnerstag, 9. August 2012, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Guhwilmühle, Hofstetten.

Dienstag, 11. September 2012, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Eder's Eichmühle, Wädenswil.

**Jahresschlusstreffen**
Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresschlusstreffen. Weitere Angaben folgen.

## IMPRESSUM

**Der Zürcher Bote**
**ISSN 1660–6701**
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

**Redaktion:** Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

**Inseraten-Annahme:**
**print-ad kretz gmbh,** Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

**Inseratenschluss:**
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

**Druck und Abonnementsdienst:**
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

**Sommerreise**
Freitag, 3. August 2012, bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise Jura/Frankreich.
Treffpunkt und Programm:
8.45 Uhr: Parkplatz Restaurant Altburg, Regensdorf. 9.00 Uhr: Abfahrt nach Bözberg – Küttigen – Zeglingen – Breitenbach – Lützeltal – St. Ursanne (Mittagsrast), St. Hypolite – Goumois-La Goule – La Chaux-de-Fonds (300 km). 17.00 Uhr: Eintreffen im Hotel. Schlechtwetterprogramm: Am Mittwochabend, 1. August 2012, wird bei extrem schlechter Wetterprognose die Tour abgesagt.

Kantonale Volksabstimmung 17. Juni 2012

**Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz**

**Fair und solid!**
**Ja** zur Hauptvorlage

**Teuer und überflüssig!**
**Nein** zum Spitalfonds

**Widersprüchlich und diskriminierend!**
**Nein** zum Gegenvorschlag

**Stichfrage: 2 x Hauptvorlage A)**

Überparteiliches Komitee: **„Nein zum teuren Spitalfonds"**

**Co-Präsidium**
**Martin Arnold**, Kantonsrat SVP. **Eva Gutmann**, Kantonsrätin GLP. **Stefan Hunger**, Kantonsrat BDP. **Jörg Kündig**, Kantonsrat FDP. **Markus Schaaf**, Kantonsrat EVP. **Dr. Lorenz Schmid**, Kantonsrat CVP. **Dr. Lukas Briner**, Direktor Zürcher Handelskammer. **Hans-Peter Hulliger**, Präsident Gemeindepräsidentenverband. **Hans Rutschmann**, Präsident Kantonaler Gewerbeverband. **Martina Wagner Eichin**, Geschäftsleiterin Verband Zürcher Handelsfirmen.

**Postfach 8042 Zürich** **www.ja-nein-nein.ch**